



Wegen steigender Kosten denken Haus- und Fachärzte über Personalabbau und Kürzung des Leistungsangebots nach.

SYMBOLFOTO: IMAGO

## Ärzte befürchten Insolvenzen

Die Kosten sind gestiegen, die Arbeit wurde mehr, doch die Vergütung schrumpft. Das beklagen Haus- und Fachärzte bei einem Diskussionsforum des Ärztenetzes Kreis Gießen in Wieseck. Sie warnen sogar vor Praxis-Schließungen und fordern die Budgetierung von Leistungen endlich aufzuheben.

VON SEBASTIAN SCHMIDT

Von einer »Notfallsitzung« spricht Cornelia Marck, die Gründerin des Ärztenetzes Kreis Gießen (ÄNGie), am Mittwoch im Wiesecker Bürgerhaus. »Wir versammeln uns heute hier, weil wir um Hilfe schreien.« Laut der Allgemeinmedizinerin drohe ein »Kollaps« der Niedergelassenen; Hausärzte seien genauso betroffen wie Fachärzte. Denn die Kosten für den Praxisbetrieb hätten in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Ärzte arbeiteten immer mehr, gleichzeitig bekämen sie teilweise aber nur noch

zwei Drittel von dem ausgezahlt, was sie noch vor zwei Jahren bekommen haben, erklärt Marck. »Wir versuchen zu verstehen, was passiert ist und warum uns niemand hilft.« Die Auswirkungen dieser Situation unterscheiden sich von Praxis zu Praxis: Die einen könnten notwendige Investitionen nicht stemmen, andere sähen sich gezwungen, das Leistungsangebot einzuschränken. Oliver Hanemann, ebenfalls Allgemeinmediziner, befürchtet, dass kommendes Jahr sogar Praxis-Schließungen drohen.

**„Wir arbeiten immer mehr und bekommen immer weniger Geld dafür.“**

Oliver Hanemann, Hausarzt

Alle Ausgaben für niedergelassene Ärzte seien gestiegen, erklärt Hanemann: Die Miete genauso wie die Personal-, Energie- und Materialkosten. Und während in Deutschland über Inflationsausgleiche und die 32-Stunden-Woche gespro-

chen werde, gebe es keine Diskussion über die momentane Lage der Haus- und Fachärzte. Hanemann sagt: »Wir arbeiten immer mehr und bekommen immer weniger Geld dafür.« Laut einer Umfrage des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (Zi) ist die Stimmung bei den niedergelassenen Ärzten deswegen an einem »historischen Tiefpunkt« angelangt. 55 Prozent der Mediziner schätzen ihre

INFO

### Ärztinnenetz ÄNGie

Das Ärztenetz Kreis Gießen (ÄNGie) hat seinen Sitz in der Liebigstraße und laut eigener Aussage 68 Mitglieder. In dem Netzwerk organisieren sich niedergelassene Haus- und Fachärzte und Psychotherapeuten. Gegründet wurde ÄNGie 2013 mit dem Ziel, die Ärzte gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen zu vertreten. Der Verein betreut auch eine Fortbildungsakademie und engagiert sich für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Landkreis Gießen und Umgebung.

berufliche Situation als schlecht oder sehr schlecht ein.

### Weniger Zeit für die Patienten

Auch ÄNGie hat seine Mitglieder befragt, wie sie die momentane Situation wahrnehmen. Mehr als 50 Prozent der Praxen haben dabei angegeben, dass die Arbeitsbelastung jetzt im Vergleich zu vor Corona um bis zu 30 Prozent angeht. Finanziell zeige sich aber eine gegenläufige Entwicklung, Hanemann sagt: »Nur 10 Prozent aller Praxen haben keine Einbußen verzeichnet.« Doch bei der Politik scheine das niemanden zu interessieren. »Das will da oben keiner wahrnehmen.« Und Marck fügt an: »Es geht uns nicht um unseren Gewinn, sondern um die Aufrechterhaltung des Praxisbetriebs.«

Was die finanziellen Einbußen neben Praxis-Schließungen für die Patienten bedeuten, haben die Mitglieder des Ärztenetzes ebenfalls deutlich gemacht. Ein Drittel plant bereits, Personal einzusparen, um die Kosten zu sen-

ken. Andere überlegen, die Sprechzeiten zu verkürzen oder generell weniger Zeit für die einzelnen Patientengespräche aufzuwenden. Auch die Streichung ganz konkreter medizinischer Leistungen, zum Beispiel von Langzeit-EKG, steht im Raum. Hanemann fasst zusammen: »Der ärztliche Versorgungsauftrag ist gefährdet.«

Die Mediziner fordern deswegen, dass die im Koalitionsvertrag versprochene Entbudgetierung umgesetzt wird. Denn im Moment seien medizinische Leistungen in vielen Fällen durch Pauschalen gedeckelt. Die Hausärztin Nadja Sieberhagen erklärt, dass sie dadurch einen festen Betrag pro Patienten erhalte, »egal ob der zweimal oder zwanzigmal im Quartal kommt«. Das muss sich aus Sicht der Ärzte ändern, um den »Kollaps« zu verhindern.

Auch andere Interessensvereinigungen schlagen Alarm. Der Virchowbund, der Verband der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte Deutschlands, ruft unter dem Slogan »Praxis in Not« zu einem Protesttag am 2. Oktober auf.

### Endhaltestelle der Linie 1 verlegt

Gießen-Lützellinden (pm). Im Lützellindener Gewerbegebiet »Rechtenbacher Hohl« steht der Endausbau der Straße Im Vogelsang an. Das hat unmittelbaren Einfluss auf die Buslinie 1. Aufgrund der Arbeiten können die Fahrzeuge nach der Endhaltestelle »Langer Strich« nicht wenden. Deshalb leiten die Stadtwerke die Busse ab Haltestelle »Lindenstraße« in der Bitzenstraße über die Lindenstraße und die Falltorstraße um. Darüber hinaus muss die Endhaltestelle »Langer Strich« für die Dauer der Baumaßnahme in die Falltorstraße verlegt werden. Wegen der alternativen Linienführung entfällt überdies die Haltestelle »Tanusstraße« in Fahrtrichtung »Langer Strich«.

Die Umleitung und die Verlegung der Endhaltestelle gelten von Montag, 25. September, voraussichtlich bis 3. November. Mit Inkrafttreten dieser neuen Regelung können die Busse der Linie 1 die in den vergangenen Wochen nicht anfahrbaren Haltestellen »Lindenstraße« und »Bitzenstraße« wieder bedienen.

### Woyzeck mit Umbesetzung

Gießen (pm). Am heutigen Freitag, 22. September, ist Premiere von »Woyzeck«, die erste der neuen Spielzeit des Stadttheaters. Groß war die Aufregung daher, als sich Schauspieler Roman Kurtz infolge einer Verletzung krankmelden musste. Zum Glück konnte kurzfristig Ersatz gefunden werden: Lukas T. Goldbach übernimmt die Rolle des Doktors in der Premiere und allen Folgevorstellungen bis einschließlich Oktober. Als ehemaliges Ensemblemitglied ist er dem Publikum bereits bekannt. »Das Stadttheater ist dankbar, dass er sich so kurzfristig dieser Aufgabe annimmt. Durch das Einspringen von Goldbach konnte die Eröffnungs-Premiere gerettet und alle weiteren Termine gehalten werden; heißt es in einer Pressemitteilung. Kurtz wird ab November in seine Rolle zurückkehren.

## Flüchtlinge, Finanzen, Verkehrsversuch und Fukushima

Wolfgang Bosbach unterstützt Frederik Bouffier und Lucas Schmitz im Wahlkampf auf dem Schiffenberg

Gießen (lea). Wolfgang Bosbach ist der Einladung der Senioren Union auf den Schiffenberg gefolgt, um die CDU-Wahlkreis-kandidaten Frederik Bouffier und Lucas Schmitz im Wahlkampf zu unterstützen. Während Themen wie Letzte Generation, Einwanderung, Rezession, Rente und Bürgergeld angesprochen werden, stellt der frühere CDU-Bundespolitiker wiederholt sein Publikum mit Schätz- und Wissensfragen auf die Probe. »Wissen Sie, wer den Anwerbestopp für ausländische Arbeiter erlassen hat?«, ist eine davon. Nach dem ironischen Tipp, »muss ein ganz Rechter gewesen sein«, nennt Bosbach die Antwort: Willy Brandt. Dessen damals geäußertes Satz, »wir müssen sehen, wo Vernunft und Verantwortung Halt gebieten«, gelte auch jetzt. Selbst der Bundespräsident sage, dass das Land bei der Aufnahme von Flüchtlingen an der Belastungsgrenze sei. Bosbach betont, dass Aufgaben wie Aufnahme, medizinische Betreuung und Kita-

Vergabe vor Ort in den Kommunen stattfänden. Seien sie nicht bewältigbar, kippe die Stimmung der Bevölkerung.

Auch kritisiert Bosbach die Ampel-Koalition: Sie streite mehr miteinander, als für das Land zu arbeiten. Es werde immer schwerer, stabile politische Verhältnisse zu garantieren. »Als Olaf Scholz Bundeskanzler wurde, hatten wir in den 39 Jahren davor wie viele Bundeskanzler?«, fragt Bosbach. Die kleine Zahl drei verbindet er mit Stabilität. »Wenn wir die politische und soziale Stabilität verlieren, werden die Extremisten von Links und Rechts außen stärker.«

Ein weiterer Punkt sei die Ökonomie, für deren Beurteilung er die 72 Jahre BRD vor der Ampel heranzieht. »In wie vielen Jahren davon hatten wir eine Rezession?«, fragt Bosbach. Circa alle zehn Jahre ist die Antwort. »Es könnte etwas mit Politik zu tun haben, dass wir in der gesamten EU das einzige Land sind, dass dieses Jahr eine Rezession erwartet«, bemerkt Bosbach. Dabei habe



Wolfgang Bosbach unterstützt die Landtagskandidaten Frederik Bouffier (l.) und Lucas Schmitz (r.) zu Gast bei der Senioren Union und deren Vorsitzenden Norbert Arnold (2. v. l.). FOTO: LEA

er das Gefühl, das Land habe den Zusammenhang verloren zwischen wirtschaftlicher und sozialer Leistungsfähigkeit. »Wenn wir glauben, wir können bei nachlassender Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit den Sozialstaat immer weiter ausbauen, dann irren wir gewaltig, es sei denn, die Schuldenberge werden immer höher.«

Auch spricht Bosbach über die »enormen Herausforderun-

gen beim Thema Gesundheit«. 50 Kliniken hätten 2023 Insolvenz angemeldet, die stationäre Pflege müsse ausgebaut werden, zudem brauche es eine attraktivere Bezahlung. Auch thematisiert Bosbach die Rente. »Hände weg vom Rentenniveau«, mahnt er. »Soziale Gerechtigkeit schulden wir nicht nur denen, die eine staatliche Transferleistung bekommen, sondern auch denen, die von morgens bis

abends dafür arbeiten, dass diese Sozialleistungen erbracht werden können.«

### Zwei Gegner des Verkehrsversuchs

Der Vorsitzende der Senioren Union, Norbert Arnold, stellt nach Bosbach die beiden Wahlkreis-kandidaten Bouffier und Schmitz vor und übergibt das Mikrofon nach den Worten: »Das Wichtigste im Moment: Sie waren von Anfang an gegen den Verkehrsversuch.«

»Natürlich hilft es, was hier in Gießen von der Stadtregierung fabriziert wurde«, ergreift Schmitz das Wort. Der Verkehrsversuch sei gegen die ältere Generation gewesen. Auch appelliert er an die Anwesenden, »intensiv Gas zu geben« im Gespräch mit Unentschlossenen, und auch an die Möglichkeit zur Briefwahl zu erinnern. Dabei denke er an die Nuklearkatastrophe in Fukushima, die 2011 das Wahlergebnis der CDU stark verschlechterte. »Alle Stimmen,

die wir jetzt im Kasten haben, kann uns keiner mehr wegnehmen.«

Frederik Bouffier macht auf die Politik der Ampel aufmerksam und darauf, dass Deutschland unter einer CDU-Regierung »trotz Finanzkrise, trotz Migrationskrise niemals eine so hohe Inflation hatte wie jetzt«. Die Ampel habe versäumt, den Koalitionsvertrag beiseite zu legen und sich auf das zu konzentrieren, was vor Ort zähle. »Wir reden viel zu viel über Sozialreformen in unserem Land, in Zeiten von Rezession ist das ein falscher Schwerpunkt.« Das Bürgergeld sei »fast schon die Vorstufe eines bedingungslosen Grundeinkommens, bei dem es sich am Ende nicht mehr lohnt, arbeiten zu gehen.«

Ebenfalls kritisiert Bouffier die Forderung der SPD, Ausländern mit unbefristetem Aufenthaltstitel nach sechs Jahren ein kommunales Wahlrecht einzuräumen sowie das Heizungs-gesetz. »Am 8. Oktober geht es um Kurs statt Chaos«, endet er.